

# MEMORANDUM

ZU HÄNDEN DER MITGLIEDER  
DES EUROPÄISCHEN RATES,  
DES RATES DER EUROPÄISCHEN UNION,  
DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION  
SOWIE DER ABGEORDNETEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES

## DIE TÜRKEI ALS BEITRIITSKANDIDATIN DER EUROPÄISCHEN UNION

### 1. Einleitung

Neueste Entwicklungen veranlassten die unten angeführten Organisationen, das nachfolgende Memorandum zu verfassen. Dazu gehören zunächst die in jüngster Zeit intensivierten Repressionen gegen Minderheiten in der Türkei<sup>1</sup>, namentlich durch ein Rundschreiben des türkischen Erziehungsministeriums an sämtliche Schulvorsteher, wonach alle Primar- und Sekundarschüler der Türkei die Ausrottung der Armenier, der Syrer (Aramäer bzw. aramäischsprachige Christen) und der Pontos-Griechen anfangs des 20. Jahrhunderts zu leugnen haben.

Die unterzeichnenden Organisationen erachten die Anerkennung dieser Völkermorde durch die Türkei als Voraussetzung für einen ernsthaften Dialog zwischen Türken einerseits und Armeniern, Syrern sowie Pontos- bzw. kleinasiatischen Griechen andererseits. Denn nur auf der Basis der historischen Wahrheit kann eine echte Aussöhnung unter den betroffenen Völkern statt finden.

### 2. Anlass

Aus Anlass des 80jährigen Bestehens des Lausanner Friedensvertrages (1923) sowie der nachfolgenden Gründung der Republik Türkei gab das Forum of Armenian Associations in Europe (FAAE) eine Studie<sup>2</sup> in Auftrag, in deren Vorwort es hieß:

*„87 years after Turkey's Armenian population was exterminated, the country's small remaining Armenian minority is still the target of intense prejudice, often nurtured by part of the country's media and political establishment. Armenians are still subject today to an impressive array of discriminatory measures, whose apparent purpose is to make life as an Armenian impossible in Turkey.*

*Turkey is now knocking insistently at the door of the European Union. Should not the country's current policies towards the survivors of the genocide be an essential litmus test of its willingness to adopt 'European values' and consolidate democracy?“*

Angesichts der Parlamentswahlen, die im Dezember 2002 die politische Zusammensetzung des türkischen Gesetzgebers erheblich änderten, angesichts auch des anhaltenden und glaubwürdigen Wunsches der Regierung und der Gesellschaft der Republik Türkei, die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union zu erlangen, fragen die Unterzeichner nach der im zurückliegenden Zeitraum erfolgten Entwicklung. Sie tun dies unter Zugrundelegung der

---

<sup>1</sup> Siehe Punkt 5 dieses Memorandums. Als Folge des Rundschreibens wurden Lehrerinnen und Lehrern, die sich gegen die Massnahmen geäußert hatten, angezeigt und verhaftet. Armenische Schulen in Istanbul wurden ebenfalls von den Maßnahmen betroffen.

<sup>2</sup> Hofmann, Tessa: Armenians in Turkey Today: A Critical Assessment of the Situation of the Armenian Minority in the Turkish Republic. Belgium, October 2002 (2nd ed. by „The Union of Armenian Associations in Sweden“, Uppsala, Sweden, March 2003). Internet-Fundstelle: <http://www.ecoi.net/doc/de/TR/content/5/2520-2545>.

Erläuterung der Kopenhagener (Beitritts)Kriterien in der Agenda 2000, in der es über die politischen Kriterien des Beitritts - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Achtung von Minderheiten - heißt:

*„Countries wishing to become members of the EU are expected not just to subscribe to the principles of democracy and the rule of law, but actually to put them into practice in daily life. They also need to ensure the stability of the various institutions that enable public authorities, such as the judiciary, the police, and local government, to function effectively and democracy to be consolidated. (...)*

*The integration of minority populations into society is a condition of democratic stability. A number of texts governing the protection of national minorities have been adopted by the Council of Europe, in particular the Framework Convention for the Protection of National Minorities which safeguards the individual rights of persons belonging to minority groups.“<sup>3</sup>*

### **3. Vergangenheit aufarbeitung als Beitrittsvoraussetzung**

Das Europäische Parlament hat seit 1987 mehrfach die Regierung der Republik Türkei aufgefordert, den „an den Armeniern 1915-17 verübten Völkermord“<sup>4</sup> anzuerkennen und ihn in seiner Resolution *Zu einer politischen Lösung der Armenischen Frage* sogar zu einer Beitrittsvoraussetzung erhoben<sup>5</sup>. Diese Forderung wiederholte das Europäische Parlament in seiner Resolution von 15. November 2000 als Beitrag zu einer verbesserten Minderheitenpolitik (vgl. Punkt V.10.):

*„(Das Europäische Parlament) fordert folglich die türkische Regierung und die Große Türkische Nationalversammlung auf, der armenischen Minderheit als einem bedeutenden Teil der türkischen Gesellschaft vor allem durch das öffentliche Eingeständnis des Völkermords vor der Gründung des modernen Staates Türkei verstärkt Unterstützung zuteil werden zu lassen.“<sup>6</sup>*

In seinem am 28. Februar 2002 verabschiedeten Entschliessungsantrag forderte das Europäische Parlament die Türkei unter Punkt 15 auf, die Blockade seines Nachbarstaates Armenien zu beenden und mit der Anerkennung des Völkermordes entsprechend der EP-Resolution vom 18. Juni 1987 „eine Grundlage für eine Versöhnung zu schaffen.“<sup>7</sup> Unlängst bekräftigte das Europäische Parlament in zwei weiteren, am 2. Februar 2004<sup>8</sup> und am 19. März 2004<sup>9</sup> veröffentlichten Dokumenten den in seiner „Entschließung zur politischen Lösung der Armenischen Frage“ vom 18. Juni 1987 vertretenen Standpunkt.

---

<sup>3</sup> The Copenhagen Criteria; in: Agenda 2000; For a Stronger and wider Union. Document drawn up on the basis of COM(97)2000 European Commission Bulletin of the European Union. Supplement 5/97 S. 39-47.

<sup>4</sup> Das erste Mal durch die „Entschließung zu einer politischen Lösung der Armenischen Frage“, mehrheitlich angenommen am 18. Juni 1987 (Dok. A2-33/87).

<sup>5</sup> Vgl. Punkt 4 der Resolution: „Das Europäische Parlament (...) ist der Ansicht, dass die Weigerung der jetzigen türkischen Regierung, den damals begangenen Völkermord am armenischen Volk durch die Regierung der 'jungen Türken' anzuerkennen, (...) unüberwindbare Hindernisse für die Prüfung eines etwaigen Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft darstellen.“

<sup>6</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem regelmäßigen Bericht 1999 der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (KOM(1999) 513 - C5-0036/2000 - 2000/2014(COS)).

<sup>7</sup> Europäisches Parlament, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik: Bericht über die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Beziehungen der Europäischen Union zu Südkaukasien im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (COM(1999) 272 - C5-0116/1999 - 1999/2119(COS)); Endgültig A5-0028/2002; RR\460238DE.doc; S. 9.

<sup>8</sup> Europäisches Parlament (gleicher Ausschuss): Bericht mit einem Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu der Politik der EU gegenüber dem Südkaukasus (2003/2225(INI)); Endgültig A5-0052/2004; RR\522706DE.doc; Punkt 1 al. 4, S. 9. Der Bericht wurde durch eine Resolution des Europäischen Parlaments am 26. Februar 2004 angenommen.

<sup>9</sup> Europäisches Parlament (gleicher Ausschuss): Bericht über den regelmäßigen Bericht 2003 der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (KOM(2003) 676 – SEK(2003) 1212 – C5-0535/2003 – 2003/2204(INI)); (Endgültig A5-0204/2004); RR\529596DE.doc, *Die Außenbeziehungen der Türkei*, Punkt

In aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen um die europäische Wertegemeinschaft wird nicht zuletzt die Fähigkeit und Bereitschaft zur (selbst-)kritischen Aufarbeitung dunkler nationalgeschichtlicher Ereignisse als Merkmal hervorgehoben. Wie die obigen Zitate zeigen, wertet der europäische Gesetzgeber darüber hinaus die Anerkennung des Völkermordes an 1,5 Millionen Armeniern in den Jahren 1915-1917 für unerlässlich für eine Verbesserung der Minderheitenpolitik sowie zur Stabilisierung der türkischen Beziehungen zu seinen Nachbarn und damit zur Gewährleistung von Stabilität und Demokratie in der südkaukasischen Region<sup>10</sup>.

#### **4. Vorgeschichte**

Die Armenier waren nicht die einzigen Opfer der seit 1913 alleinregierenden türkischen Nationalisten („Jungtürken“) und ihrer kemalistischen Nachfolger. In der Dekade von 1912 bis 1922 kamen 3,5 Millionen der mindestens fünf Millionen christlichen Bürger des Osmanischen Reiches um. Zwangsarbeit, Massaker vor allem der männlichen Bevölkerung und Todesmärsche waren die häufigsten Formen der Tötungen.

Sämtlichen Forderungen von Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaftlern sowie Verbänden der Überlebenden und ihrer Nachfahren, die historischen Tatsachen anzuerkennen bzw. zu verurteilen, begegnete die offizielle Türkei bisher mit schroffer Ablehnung. In der Genozidforschung gilt die Leugnung von Völkermord als integraler Bestandteil sowie letzte Etappe dieses Verbrechens. Seit fast 90 Jahren erhält die Leugnung des Völkermordes den Schmerz der Nachfahren der Opfer aufrecht, die sogar bezichtigt werden, Verbrechen an Türken und anderen muslimischen Ethnien während bzw. nach dem Ersten Weltkrieg begangen zu haben. In den Regionalmuseen zu Van, Erzurum und anderenorts wird an diese angeblichen Verbrechen erinnert. Gleichzeitig setzt die offizielle Türkei unvermindert ihren Heldenkult an den politisch für die Vernichtung und Vertreibung der christlichen Bürger des Osmanischen Reiches Verantwortlichen Talaat und Enver oder ihrer Henkersknechte wie „Topal“ Osman fort.

#### **5. Das Rundschreiben des türkischen Erziehungsministerium vom 14. April 2003**

Bereits seit einigen Jahren wurden Pläne des türkischen Erziehungsministeriums laut, Studenten und Oberschüler gegen die in der Türkei offiziell als „Völkermordlüge“ bezeichneten Genozidvorwürfe zu indoktrinieren. Mit einem Rundschreiben forderte nun der derzeitige türkische Erziehungsminister Dr. Hüseyin Çelik von den Lehrern der Sekundarstufe sowie von Schulen, die „haltlosen Behauptungen von Armeniern, Pontos-Griechen und Syrisch-Orthodoxen“ zum Unterrichtsgegenstand zu machen und entsprechende Schüleraufsatzwettbewerbe zu organisieren. Auch armenische und griechische Schulen wurden zur Teilnahme aufgefordert. Lehrpläne und Geschichtslehrbücher wurden entsprechend geändert. In Elbeyli (Provinz Kilis) erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen der „Erregung sozialer Unruhe“ gegen sechs Lehrer, die auf einer Instruktionsversammlung am 30. Mai 2003 kritische Fragen gestellt hatten. Die Lehrerin Hülya Akpınar wurde sogar vorübergehend inhaftiert und nur gegen Kautions entlassen.<sup>11</sup>

Diese Entwicklung stellt nach unserer Auffassung einen erheblichen Rückschritt dar und widerspricht eklatant der eingangs zitierten Agenda 2000. Denn hier wird der Minderheitenschutz bzw. der Respekt vor den - verschwindend geringen - christlichen Minderheiten nicht nur nicht angewendet, sondern die Opfer und ihre Nachfahren werden in schmerzvollster Weise gedemütigt.

---

43, S. 13. Der Bericht wurde durch eine Resolution des Europäischen Parlaments am 1. April 2004 angenommen.

<sup>10</sup> Dazu: Europäisches Parlament, op. cit., (2003/2225(INI)); Endgültig A5-0052/2004; RR\522706DE, Punkt 1, al. 4, S. 9 sowie op. cit., (KOM(2003) 676 – SEK(2003) 1212 – C5-0535/2003 – 2003/2204(INI)); Endgültig A5-0204/2004; RR\529596DE.doc, Punkt 42, S. 13.

<sup>11</sup> Keskin, Adnan: Arrested for Asking A Question. „Radikal“, 4. Juni 2003 (Zusammenfassende Übersetzung ins Englische durch Taner Akçam).

## 6. „Rassistisch und chauvinistisch“: Proteste aus der Türkei

Trotz anhaltender Unterdrückung bürgerlicher Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit hat sich in der Türkei zum ersten Mal in größerem Umfang Protest gegen die vom türkischen Erziehungsministerium eingeleiteten Maßnahmen interethnischer Hetze geregelt. Die Lehrgewerkschaft der Türkei verurteilte die Maßnahme des Ministeriums als „rassistisch und chauvinistisch“. Am 4. Oktober 2003 veröffentlichte eine Initiative *Baris için Tarih* (Geschichte für Frieden)<sup>12</sup> eine von fast 400 namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - darunter Kulturschaffende, Juristen, Hochschullehrer, Pädagogen, Gewerkschaftler, Militärrichter a.D., Journalisten und Historiker - unterzeichnete Erklärung, in der es unter anderem heißt:

*„Als Bürger und Eltern betrachten wir die Anweisungen des Erziehungsministeriums bezüglich der Änderungen in Lehrplänen und Schulbüchern des Fachs Geschichte mit großer Sorge. (...) Wir möchten, dass unsere Kinder zu Achtung und Toleranz gegenüber dem Anderen, zu Verständigung zwischen Völkern und Bevölkerungsgruppen, zu gegenseitigem Verständnis und Vertrauen erzogen werden. ‘Geschichtserziehung ist die Grundlage für ein demokratisches Europa’ heißt es in dem auch von der Türkei unterzeichneten Beschluss des Europarates vom 31.10.2001.*

*Aber nicht nur internationale Abkommen, sondern auch unser Grundgesetz und unsere Gesetze verbieten den Missbrauch der Geschichtsvermittlung als Instrument der Diskriminierung von Gruppen und zur Verletzung ihrer Menschenrechte.*

*In den Schulbüchern, die das erwähnte Rundschreiben vorschreibt, werden Armenier, Griechen und Syrer<sup>13</sup> als Feinde dargestellt. Unsere Untersuchungs- und Beobachtungsgruppe weist darauf hin, dass in den neu verfassten Schulbuchabschnitten Armenier, Pontos-Griechen und Syrer wiederholt als ‘Feinde’, ‘Spione’, ‘Verräter’ und ‘Barbaren’ bezeichnet werden. Synagogen, Kirchen sowie Schulen von Minderheiten werden als ‘schädliche Gemeinden’ bezeichnet. Die Institution Kirche wird mit ‘Terror’ gleichgesetzt.“<sup>14</sup>*

## 7. Gefährdung von Minderheiten, Bedrohung der regionalen Stabilität

Die vom türkischen Erziehungsministerium in Lehrplänen und Schulbüchern festgeschriebene Sprache geht auf die Völkermörder des *Komitees für Einheit und Fortschritt* zurück, das die künftigen Genozid-Opfer, vor allem Armenier und Griechen, zunächst als „Feinde“, „Spione“ und „Verräter“ ausgrenzte und sie anschließend als „Schädlinge“ sowie „Mikroben“ dehumanisierte.

Der aktuelle ministerielle Rückgriff auf dieses Vokabular trägt zur weiteren Einschüchterung der ohnehin stark verängstigten christlichen Restgemeinschaften in der Türkei bei. In Diyarbakir, einst blühendes Zentrum des aramäischen Christentums, leben nur noch sechs syrisch-orthodoxe Familien, betreut von Pfarrer Yusuf Akbulut. Er wurde im Jahr 2000 von türkischen Zeitungen als „der Verräter unter uns“ abgestempelt, weil er gegenüber Journalisten den Völkermord an den Armeniern sowie denjenigen an den Syrisch-Orthodoxen erwähnt hatte. Die Einstellung eines Verfahrens wegen „Volksverhetzung“ im April 2001 erfolgte nur, weil die Anzahl der Christen in der Region unerheblich geworden war und der Richter befand, dass eine „Volksverhetzung“ mangels Masse nicht mehr möglich sei. Trotzdem ist die winzige Gemeinde nicht in Ruhe gelassen worden. Am 27. Juni 2002 versuchte die Zeitung *Aksam* die Syrisch-Orthodoxen als Separatisten abzustempeln. In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 2003, also am ostkirchlichen Weihnachtsfest, wurde in die syrisch-orthodoxe Muttergottes-Kirche zu Diyarbakir eingebrochen und wertvolle liturgische Geräte gestohlen.

<sup>12</sup> Vgl. auch <http://www.bolsohays.com/haberac.asp?referans=1612>

<sup>13</sup> Gemeint sind Syrisch-Orthodoxe bzw. aramäischsprachige Christen.

<sup>14</sup> Zitiert nach: Pressemitteilung von TÜDAY (Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V.) vom 10.10.2003. Die Pressemitteilung stützt sich auf folgende Quellen: *Tarih Lise 2 MEB İst. 2003 4. Baskı* (Geschichte, 2. Gymnasialklasse, Erziehungsministerium, Istanbul, 4. Auflage 2003), sowie *Tarih Lise 2. Kemal Kara, Ferhat Yayinlari İst. 2003* (Kara, Kemal: Geschichte, 2. Gymnasialklasse. Verlag Ferhat Yayinlari, Istanbul 2003).

Heiligengemälde wurden auf den Boden geworfen und geschändet. Geheimdienstangehörige, die teilweise bewaffnet auftreten, kontrollieren regelmäßig die Sonntagsgottesdienste Pfarrer Akbuluts.<sup>15</sup>

Die Maßnahmen des türkischen Erziehungsministeriums markieren aber auch einen erheblichen Rückschritt in der Regionalpolitik und damit das genaue Gegenteil dessen, was das Europäische Parlament mit seiner Resolution vom 28. Februar 2002 an Stabilität und Sicherheit im Südkaukasus erzielen wollte.

## **8. Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

Angesichts der dramatischen Verschlechterung in der Minderheitenpolitik der Republik Türkei seit einem Jahr und ihrer offenkundigen Missachtung von Beschlüssen und Auflagen der Europäischen Union<sup>16</sup> empfehlen die Unterzeichner:

1. Stärkere Kontrolle der Umsetzung und Anwendung gesetzlicher Änderungen im Bereich der Minderheitenpolitik. Es reicht nicht aus, dass die Europäische Union und ihre Körperschaften darauf warten, dass die Republik Türkei die europäischen Auflagen erfüllt. Extrem nationalistische Maßnahmen wie die des Erziehungsministeriums erfordern direkte und umgehende Reaktionen. Anderenfalls wird das Verhalten der Europäischen Union als billigende Hinnahme missverstanden.
2. Einen Tag nach Bekanntwerden des Rundbriefes des türkischen Erziehungsministeriums verabschiedete der Rat für Allgemeine Angelegenheiten der EU am 15. April 2003 das Ergänzungsdokument über die Beitrittspartnerschaft (Revised Accession Partnership Document) und gewährte der Türkei darüber hinaus eine zusätzliche Finanzhilfe von 250 Millionen EUR für das Jahr 2004, 300 Millionen für 2005 sowie 500 Millionen für 2006.<sup>17</sup> Die Europäische Kommission hat 100 Mio. EUR für das türkische Bildungswesen im Zeitraum 1995-1999 bereitgestellt bzw. will die selbe Summe für den Zeitraum 2003-09 bereitstellen.<sup>18</sup> Wir halten es für dringend geboten, in krassen Fällen von Verstößen gegen internationales wie nationales Minderheitenrecht und Verletzungen der politischen sowie rechtlichen Grundsätze der Europäischen Gemeinschaft finanzielle Hilfen zu widerrufen bzw. umgehend bis zur Behebung des Kritikgrundes zu stornieren.
3. Umgekehrt erscheint eine stärkere moralische, politische sowie finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich des Minderheitenrechts und –schutzes dringend erforderlich.
4. Das Europäische Parlament hat sich bereits in seiner Resolution vom 18. Juni 1987 verpflichtet, „konkret zu den Initiativen zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen dem armenischen und dem türkischen Volk beizutragen“ (Punkt I.14.). Auf der Grundlage der Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern entsprechend der UN Völkermord-Konvention erscheint es uns aus gegebenem Anlass erforderlich, mit internationaler Beratung und Unterstützung eine armenisch-türkische Schulbuchkonferenz anzuregen.

Brüssel, den 22. September 2004

### **Unterzeichnende Organisationen (alphabetische Ordnung)**

---

<sup>15</sup> Rabo, Gabriel: Die syrisch-orthodoxe Mutter-Gottes-Kirche in Diyarbakir geplündert. „Suryoyo Online's News“, 09.01.03; <http://www.suryoyo-online.org>

<sup>16</sup> Dazu: Europäisches Parlament, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik; Bericht vom 19. März 2004 über den regelmäßigen Bericht 2003 der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (KOM(2003) 676 – SEK(2003) 1212 – C5-0535/2003 – 2003/2204(INI)); (Endgültig A5-0204/2004); RR\529596DE.doc; Begründung, S. 18.

<sup>17</sup> Target and Priorities of Turkey's Foreign Policy: EU Enlargement and Turkey. Internet-Fundstelle: <http://www.byegm.gov.tr/YAYINLAROMUZ/newspot/2003/jan-apr/n27.htm>.

<sup>18</sup> Presseerklärung der European Armenian Federation for Justice and Democracy, „Armenian Pupils of Turkey are commanded to deny the Genocide“, 24. Mai 2003.

**AAE - Assembly of Armenians of Europe** / Brussels  
**Abovian Armenischer Kulturverein** / Den Haag  
**ACSA - Assyrian-Chaldean-Syriac Association** / Schweden  
**ADL - Ramgavar France (Arménien Démocrate Libéral)** / Paris  
**AGBU - Armenian General Benevolent Union - Section of Switzerland** / Genf  
**Amarantos – Verein der Griechen aus Pontos in Wernau** / Wernau  
**Arbeitsgruppe Anerkennung – Gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.** / München, Berlin  
**Association of friends of the people of Nagorno Karabakh (Artsakh)** / Berlin  
**Centre for Studies in Pontos (Κέντρο Ποντιακών Μελετών – ΚΕ. ΠΟ. ΜΕ.)** / Thessaloniki  
**CETIM - Centre Europe-Tiers-Monde** / Genf  
**CSI - Christian Solidarity International** / Zürich  
**CSW - Christian Solidarity Worldwide** / London  
**Conseil international des femmes juives**  
**FAON - The Federation of Armenian Organisations in the Netherlands** / Den Haag  
**FASD - Föderation der Aramäer (Suryoye) in Deutschland e.V.**  
**Gesellschaft für Bedrohte Völker – Deutschland** / Göttingen  
**Gesellschaft für Bedrohte Völker – Schweiz** / Bern  
**GSA - Gesellschaft Schweiz – Armenien** / Bern  
**Human Rights Without Frontiers** / Brussels  
**Humanitarian Association “Humanitas” Berlin** / Berlin  
**Informations- und Dokumentationszentrum Armenien** / Berlin  
**Institut für Armenische Fragen e.V.** / München  
**Institut Tchobanian** / Paris  
**International Educational Development** / Los Angeles  
**Interfaith International** / Oxford, UK  
**IVDJ - Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen**  
**Ligue Internationale contre le Racisme et l’Antisémitisme** / Genf  
**Ligue Internationale pour les Droits et la Libération des Peuples** / Genf  
**Marangopoulos Foundation for Human Rights**/Griechenland  
**MRAP - Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples** / Paris  
**RAA - Research on Armenian Architecture** / Aachen, Jerewan, Los Angeles  
**SEK - Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund** / Bern  
**SUA - Syriac Universal Alliance** / Södertälje, Schweden  
**TÜDAY - Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V.** / Köln  
**UAS - Union arménienne de Suisse** / Genf  
**UASD – Union of Assyrian-Suryoye Associations in Germany** / Gütersloh  
**Verein der Griechen aus Pontos in München** / München  
**Verein der Völkermordgegner e.V.** / Frankfurt a.M.  
**Verein “House of Asia Minor” in Korinth (Μικρασιατική Στέγη Κορίνθου)** /, Korinth  
**Vereinigung der Armenier in Schweden** / Uppsala  
**WILPF - Women's International League for Peace and Freedom** / Genf  
**Working Group for the Recognition of the Genocide on Greeks in Asia Minor (Pontos, Cappadokia, Ionia and others) and in East Thrace** / Berlin